

Der Sächsische Erzähler

Bischofsw erdaer Tageblatt.

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindevorstände des Bezirkes. **Ältestes Blatt im Bezirke.** - - - Erscheint seit 1846.



Anzeigeblatt für Bischofswerda, Neukirch, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke. - - **Wöchentliche Beilagen:** Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt. - - - **Fernsprecher Nr. 22.**

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. **Wochensatz** (den Werktag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 1.10, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 1.20; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 3.30 ohne Zustellungsgebühr.

Postfach-Nr.: Amt Leipzig Nr. 21 543. - **Gemeindefachverbandskasse Bischofswerda** Nr. 64. **Im Falle höherer Gewalt** - Krieg oder sonstiger irgend welcher Art - hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Grundzeile (Zm. Maste 20) oder deren Raum 40 Hg., örtliche Anzeigen 30 Hg. Im Tagblatt (Zm. Maste 17) 20 Hg., die gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. - **Amliche Anzeigen** die gespaltene Zeile 70 Hg. - Für bestimmte Tage oder Wochen wird keine Gewähr geleistet. - **Erfüllungsort** Bischofswerda.

Nr. 217.

Donnerstag, den 18. September 1919.

74. Jahrgang.

Der Oberste Rat und Fiume.

Paris, 16. September. (Havas.) Nach dem diplomatischen Vorgehen hat der Oberste Rat gestern hinsichtlich der Besetzung Fiumes durch d'Annunzio beschlossen. Der italienischen Regierung die Sache zu überlassen. Eine endgültige Lösung der Fiumer Frage ist noch nicht möglich, da die amerikanische Abordnung noch immer ohne Anweisung ihrer Regierung ist.

Die italienische Regierung im Einverständnis mit d'Annunzio.

Zürich, 16. Septbr. (Priv.-Tel.) Der „Noenti“ meldet, daß die italienische Regierung, insbesondere einzelne verantwortliche Staatsmänner, von dem Plane d'Annunzios gewußt haben, und daß insbesondere Ritti schon im Monat Juli durch einen Freund d'Annunzios von dessen Plan unterrichtet worden war. Der Plan ging von der Voraussetzung aus, daß die Verbündeten, vor eine vollendete Tatsache gestellt, nachgeben würden. Diese Enthüllung des „Noenti“ hat in französischen und englischen Regierungskreisen außerordentliches Aufsehen erregt.

Die italienische Presse für d'Annunzio.

Angesichts der Maßnahmen Rittis gegenüber dem Unternehmen d'Annunzios rückt die römische Presse und auch der „Corriere della Sera“ von Ritti ab, indem sie darauf hinweist, daß die Abhängigkeit Italiens von der Entente nicht so groß sei, wie Ritti sie darstellen wolle. Seine Besorgnis sei daher übertrieben. „Secolo“ erklärt, daß man das Vorgehen d'Annunzios nicht für gut halten, aber ebensowenig verurteilen könne. „Italia“ sagt, das Loch der Verbündeten lasse sehr hart auf Italien. Die wirtschaftliche Abhängigkeit habe Italien einer Sklaverei unterworfen, die jede freie Bewegung ausschließt.

Triest, 16. September. (Meldung des Gaibacher Korrespondenz-Büros.) Infolge der Ereignisse in Fiume herrscht in diesem italienisch-nationalistischen Kreise große Begeisterung. Freiwillige werden gesammelt, die nach Fiume abgehen. Für die Triester Region sollen sich bisher über 1500 Freiwillige gemeldet haben.

Revolutionäre Umtriebe in Mailand.

Lugano, 15. September. (Priv.-Tel.) In Mailand wurde ein groß angelegter anarchistischer Plan, den der Anarchist Philippini entworfen hat, aufgedeckt. Das Rathaus, die Galleerie, sämtliche öffentlichen Häuser, sowie die Villen der Großindustriellen, der Hauptbahnhof, alle umliegenden Weichenstellen und Signalstationen sollten in den nächsten Tagen in die Luft gesprengt werden. Die Mitglieder der Verschwörung konnten nicht ermittelt werden, auch das Bombenmaterial wurde noch nicht entdeckt. Daher befindet sich die Mailänder Bevölkerung in großer Unruhe. Der „Dsch. Allg. Ztg.“ wird hierzu gemeldet: Aus der „Stampa“ erfährt man jetzt von revolutionären Umtrieben in Mailand, über die die Mailänder Presse selbst geschwiegen hat. Nach den Mitteilungen des Turiner Blattes ist in der Wohnung des Anarchisten Philippini in Mailand ein Brief mit genauen Einzelheiten einer regelrechten Veranschlagung gefunden worden. Es sollten an mehreren Stellen Mailands gleichzeitig Bomben zur Explosion gebracht werden, so am Rathaus, in der Galleria Vittorio Emanuele, an fast allen Palästen, Fabriken und Häusern der Industriellen. Im Mittelpunkt stand jedoch ein Attentat auf den Hauptbahnhof. Das riesige Gebäude sollte in die Luft gesprengt und gleichzeitig alle umliegenden Bahnanbindungen zerstört werden, damit Mailand vollständig isoliert bleibe. In der Stadt selbst wollte man währenddessen eine Panik hervorrufen, indem man am Sonntag in der Galleria Bomben von oben auf die Menge zu werfen beabsichtigte. Aus unbekanntem Gründen ging aber Philippini auf eigene Faust vor und brachte unten in der Galleria vorzeitig eine Bombe zur Explosion, die immer noch verheerend genug wirkte. Das eigentliche Komplott der Anarchisten kam jedoch nicht zur Ausführung.

Rückgabe deutscher Lokomotiven?

Berlin, 16. September. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ berichtet der „Matin“, daß die französische Regierung beschlossen hat, die deutschen Lokomotiven bis auf einen kleinen Teil zurückzugeben. Nach seinen Mitteilungen können die meisten deutschen Lokomotiven in Frankreich nicht be-

nutzt werden, da ihre Herdvorrichtungen auf Verwendung von Kohlen bester Qualität mit einem Wasserdampfdruck von höchstens 10 Prozent zugeschnitten, während die mit schlechter Kohle gefeuerten französischen Lokomotiven auf größere Wassermengen berechnet sind. So erklärt es sich, daß die unter den französischen Eisenbahngesellschaften verteilten deutschen Lokomotiven bis auf einen kleinen Teil in den Schuppen stehen, obgleich Frankreich großen Bedarf in Lokomotiven hat. Dem „Matin“ zufolge hätte Deutschland statt der im Waffenstillstandsabkommen zugesagten 5000 Lokomotiven nur 2000 abgeliefert und von diesen werde Frankreich 1700 zurückgeben. Die Rückgabe wird, so versichert der „Matin“, in nächster Zeit erfolgen. - Die „Voss. Ztg.“ stellt hierbei fest, daß die Zahl der von Deutschland abgelieferten Lokomotiven bedeutend höher ist und betrahe die im Waffenstillstandsvertrag geforderte Ziffer von 5000 erreicht.

Ein Anschlag auf die flämische Universität in Gent.

Als wir noch Herren Belgiens waren, durften die unterdrückten Flamen, unser germanischer Brudervolk, hoffen, von ihrem drückenden Joch befreit zu werden. Von unserer Seite wurde dem wackeren flämischen Bolkchen alle denkbare vässliche Selbständigkeit gewährt und bekanntlich wurde im Laufe des Krieges von den Deutschen eine flämische Universität zur Förderung der einst in hoher Blüte gestandenen Wissenschaft und Kunst in Gent gegründet, ebenso wie wir ja auch den Polen großmütig eine Hochschule in Warschau schenkten. Mit dem Zusammenbruch der deutschen Front sind auch die Hoffnungen der Flamen zu nichte geworden und aufs neue sehen sie sich den schwersten Bedrückungen durch die Belgier ausgesetzt. Unter unserem eigenen schweren Schicksal haben wir der Flamen vergessen, wir werden aber heute erinnert an ihre Leiden durch die Meldung von einer Hummerat belgischer Soldaten. Ein Wolff-telegramm berichtet:

Aus dem Haag, 16. September. (B. I. B.) Das flämische Professorenkollegium, das am Sonntagabend eine Gruppe Soldaten und Offiziere mit Brandbomben und Explosivstoffen in die Universität von Gent einbrach, mit der Absicht, das Gebäude in die Luft fliegen zu lassen. Es entzündete an mehreren Stellen Brände, die bald gelöscht wurden.

Die Entente zog bekanntlich nach ihren eigenen Versicherungen das Schwert zum Schutze der kleinen Völker und zum Schutze der Kultur vor den Barbaren. Der Vorfall in Gent ist ein neuer Beitrag zu diesem Kapitel weltgeschichtlicher Heuchelei.

Kleine politische Mitteilungen.

Neue Vorkochberechtungen in Oberösterreich. An amtlicher Stelle sind Nachrichten eingetroffen, in denen von neuen politischen Parteien in Oberösterreich gesprochen wird, die am 20. oder 25. September ausbrechen sollen. Man nimmt hier an, daß nach dem Gutachten der Ententekommission die polnische Regierung diese etwa geplanten Parteien nicht erst zum Ausbruch kommen lassen wird.

Rückkehr aus belgischer Gefangenschaft. Die Reichsstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Die belgische Regierung hat ihr grundsätzliches Einverständnis erklärt, mit dem Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Belgien zu beginnen. Zur Durchführung des bedeutsamen Abtransportes erfolgten gestern unmittelbar Verhandlungen in Köln.

20 000 Kriegsgefangene auf dem Heimwege. 20 000 deutsche Kriegsgefangene sind, wie aus Brüssel gemeldet wird, auf dem Rückmarsch in die Heimat. Die englische Militärbehörde hat die Stadtverwaltung von Berviers benachrichtigt, daß die Kriegsgefangenen von diesem Ort an ihren Weg zu Fuß fortsetzen müssen. (Die deutsche Regierung hat die Pflicht, sofort Vorkehrungen zu treffen, daß diese Gefangenen wenigstens von Wachen aus mit Jügen weiterbefördert werden.)

Das Zentrum für Kleinrentner. Auf dem Parteitag des rheinischen Zentrums sagte Geheimrat Tramborn: Das Zentrum wolle den Einheitsstaat, aber nicht den zentralistischen, sondern den dezentralistischen. Die Selbständigkeit kann nicht mehr die alte föderalistische sein.

Deutschlands Zulassung zur Washingtoner Konferenz für Arbeiterrecht. „Echo de Paris“ veröffentlicht eine Nachricht, aus der man entnehmen kann, daß die Frage, ob Deutschland zur internationalen Washingtoner Konferenz für Arbeiterrecht zugelassen werden soll, noch nicht endgültig

entschieden ist. Der Oberste Rat hat den Entschluß gefaßt, die Entscheidung darüber der Konferenz selbst zu überlassen.

Neues aus aller Welt.

- Kaiser Traubentanz. Im ganzen Weltteil ist die Traubenernte infolge der vorgeschrittenen Reife sowohl an Menge wie an Güte als hervorragend zu erwarten. Die Beschaffenheit der Weintrauben dürfte ausgezeichnet sein als in irgendeinem Vorjahr.

- Amerikanisches Schlachtvieh in München. Der Fleischnot in München wird durch Einfuhr amerikanischer Schlachtochsen abgeholfen. In dieser Woche wird zum ersten Male wieder nach dreiwöchentlicher Kürzung die volle Fleischration von 200 Gramm verteilt. München hat 100 Waggons amerikanisches Gefrierfleisch gekauft.

- Verhaftung eines Massenmörders. Dienstag abend gelang es, den Massenmörder Max Drenth, der nach Verübung eines neuen Mordes an einem Gendarm flüchtig geworden war, in Steglitz zu verhaften.

- Ein Flug um die Erde. Der deutsche 24-Stunden-Pilger, Weltmeister Boehm, beabsichtigt, nach einer Wiedlung aus Johannisthal bei Berlin, mit einem neuen abstricheren Flugzeug einen Flug um die Erde zu machen. Sein 24-Stunden-Flug ist als Dauerleistung trotz des englisch-amerikanischen Ozeanfluges noch heute unerreicht.

- Siebzehntausend neue Millionen in Amerika. Wie aus Genf gemeldet wird, teilt „Libre Parole“ mit, daß in Amerika allein der Krieg siebzehntausend neue Millionen hervorgebracht hat. „Und wie viel neue Arme dort und in anderen Ländern?“ fragt das Blatt.

Parteitag der sächsischen Sozialdemokraten.

Dresden, 16. September.

3. Verhandlungstag.

Zunächst wird nach eingehender Aussprache dem am Tage vorher angenommenen Antrag, daß Doppelmandate für die Zukunft zu verhindern seien, die Auslegung gegeben, daß sich die Einschränkung nur auf Mandate zum Reichstag und zum Landtag bezieht.

Hierauf hielt der frühere Reichstagsabgeordnete Edmund Fischer, der von der sächsischen Regierung im beauftragten mit der Ausarbeitung der neuen Gemeinde-Befehlgebung beauftragt ist, einen Vortrag über den weiteren Ausbau der sächsischen Gemeindebefehlgebung. Er betonte, daß Deutschland erst dann ein demokratischer Staat sein wird, wenn auch die Gemeinden eine freie demokratische Verfassung erhalten hätten. Die von der Regierung vorbereitete Reform der Gemeindebefehlgebung könne sich natürlich nur nach sozialdemokratischen Grundgedanken vollziehen, wie sie auf dem Weimarer Parteitag 1904 festgelegt worden seien. Die Frage des Einkammersystems sei weniger eine grundsätzliche als vielmehr eine Frage der Zweckmäßigkeit. Das Bestätigungsrecht des Staates müsse beibehalten und das Aufsichtsrecht der niederen Verwaltungsglieder den höheren Verwaltungskörpern zugestanden werden.

In der folgenden Aussprache fanden die Grundzüge Fischers im wesentlichen Zustimmung. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Delegierten Hofereit-Chemnitz, der an der Chemnitzer Stadtverwaltung scharfe Kritik übte und an ihr im besonderen aussetzte, daß, obwohl dort eine sozialdemokratische Mehrheit bestünde, vollkommener Schlandrian herrschte.

Der Minister des Inneren Uhlig wies auf die Schwierigkeiten hin, die die Regierung bei der Durchführung der geplanten Reform zu bewältigen hätte. Bei einigen bereits erlassenen Ratsbeschlüssen sei der demokratische Grundgedanke schon voll zur Geltung gekommen. Man werde wahrscheinlich dahin kommen müssen, die Amtshauptmannschaften umzugruppieren. Wenn man die Kreishauptmannschaften beseitigt, dann würde im Ministerium des Innern eine sehr nachteilige Vermehrung der Arbeit in Erscheinung treten. Wenn man die Amtshauptleute nicht mehr wie früher vom Staate ernennen, sondern sie von den Bezirken wählen lasse, dann bestände die Gefahr, daß die Regierung nicht mehr den Einfluß auf die Amtshauptleute haben könne, den sie haben müsse. Die Frage des Zweikammersystems in den kommunalen Verwaltungen sei durchaus noch nicht geklärt. Es könne vielleicht das Votumrecht der Stadträte beschränkt werden, so daß in Zukunft ein Beschluß der Stadtverordneten nicht mehr ohne weiteres hinfällig ist, wenn er nicht die Zustimmung des Stadtrates findet. Zu der Frage, welche Stellung der sozialisti-